

Pokerspiel gegen den Friedensprozess: die türkische Politik zu Kobanê ist nachvollziehbar, klug ist sie nicht

Brakel, Kristian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brakel, K. (2014). *Pokerspiel gegen den Friedensprozess: die türkische Politik zu Kobanê ist nachvollziehbar, klug ist sie nicht*. (DGAP kompakt, 14). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V..
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53861-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPkompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

November 2014 N° 14
ISSN 2198-5936

Pokerspiel gegen den Friedensprozess

Die türkische Politik zu Kobanê ist
nachvollziehbar, klug ist sie nicht

von Kristian Brakel



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Pokerspiel gegen den Friedensprozess

Die türkische Politik zu Kobanê ist nachvollziehbar, klug ist sie nicht

von Kristian Brakel

Es ist falsch, die Türkei dafür anzugehen, dass sie im Fall von Kobanê eine direkte militärische Unterstützung verweigert – die alle anderen Staaten ebenfalls nicht unternehmen wollen. Die Türkei kalkuliert ihre eigenen Sicherheitsinteressen sehr genau: Als Anrainerstaat hätte die Türkei die Auswirkungen des syrischen Bürgerkrieges direkter zu tragen als die Mahner in Europa oder den USA. Aber riskiert Erdoğan für die Sicherheitsinteressen der Türkei auch den Friedensprozess mit den Kurden?

Der kürzlich ernannte UN-Gesandte für Syrien, Staffan de Mistura, richtete bei seiner ersten Pressekonferenz dramatische Worte an die versammelten Journalisten. Unter Aufbietung aller noch möglicher diplomatischen Zurückhaltung bat er die Türkei, Schritte zugunsten der YPG/PKK¹-Kämpfer in der nordsyrischen Stadt Kobanê zu unternehmen. Er erinnerte an das Massaker von Srebrenica von 1995, bei dem serbische Freischärler mehr als 8000 Bosniaken ermordet hatten, und gab zu bedenken, dass Resolutionen des Sicherheitsrats allein den Islamischen Staat (IS) nicht stoppen würden. Auch wenn ihm die Forderung nach einer militärischen Intervention nicht über die Lippen kam, so rief er doch die Türkei dazu auf, kurdische Freiwillige die Grenze überqueren zu lassen, um die Belagerten zu unterstützen.

Für einen UN-Gesandten sind dies ungewöhnlich Forderungen. Derzeit ist de Mistura aber bei Weitem nicht der Einzige, der scharfe Kritik am Nichteingreifen des türkischen Militärs im Kampf um die syrische Stadt Kobanê übt. Dabei mischt sich die Forderung nach einer militärischen Intervention in Kobanê oft mit Vorwürfen an die Türkei, den IS selbst unterstützt zu haben.

Was Letzteres angeht, ist die Lage sehr ambivalent. Tatsächlich hat man in Ankara in den vergangenen Jahren beide Augen zugedrückt, wenn es darum ging, mehr oder weniger extremistischen Oppositionsgruppen einen Ruheraum in der Türkei zu bieten – unter anderem auch, aber nicht nur, IS-Kämpfern. Als die arabischen Revolutionen in Ägypten, Tunesien und Syrien begannen, sahen sich die Politiker der AK-Partei (Adalet ve Kalkınma Partisi, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)

Erdoğan grundsätzlich in ihrer Vorbildrolle bestätigt. Die AKP vertritt islamisch-konservative Werte gilt aber nicht als radikale Partei. Vielerorts wurden Vertreter der Muslimbruderschaft, die der AKP ideologisch verbunden sind, von einer Mehrheit der Wähler unterstützt. In Syrien machten sie zumindest einen wichtigen Teil der Opposition aus. Für Recep Tayyip Erdoğan, der selbst kurze Zeit im Gefängnis saß und dessen Vorgängerpartei, die Refah, in den 1990-er Jahren auf Betreiben des Militärs aufgelöst wurde, ergeben sich direkte Parallelen. Hier die gemäßigten Islamisten, die, so Erdoğan Überzeugung, durchaus Demokratie und Wohlstand bringen können, wie das Beispiel Türkei zeige. Dort die Autokraten, das Militär, die Unterdrücker des Volkswillens. Dass man durchaus auch extremistische Gruppen unterstützt hat, die mit dem konservativen Islam der AKP kaum noch etwas gemein haben, hat man dabei geflissentlich übersehen oder auf die kriegesischen Umstände geschoben. Da syrische Kämpfer häufig zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppierungen wechseln, ist es durchaus möglich, dass Kämpfer, die sich heute in den Reihen des IS befinden, ursprünglich Unterstützung vom türkischen Inlandsgeheimdienst erhalten haben. Das Gleiche gilt für Ausrüstung und Munition. So ist nach Angaben irakischer Kurden Anfang September Munition des staatlichen türkischen Rüstungsunternehmens MKE in IS-Besitz gefunden worden. Wie sie dorthin gelangte, ist allerdings unklar. Schon seit 2012 behaupten kurdische Gruppen in Syrien, dass islamistische Brigaden von der Türkei auch zum Kampf gegen die PYD angehalten werden. Auch wenn es durchaus Sympathien in den Reihen der AKP für den IS gibt², ist eine gezielte, strategische Unterstützung dieser einen Gruppe bisher nicht belegt.

Es ist daher überzogen, der türkischen Regierung zu unterstellen, ein türkisches Nichteingreifen in Kobanê sei der Verbrüderung mit dem IS geschuldet. Wahr ist vielmehr, dass diese Entscheidung einer sehr genauen Abwägung türkischer Sicherheitsinteressen entspringt.

Die Türkei befürchtet, nicht ganz zu Unrecht, dass der syrische Bürgerkrieg noch stärker als bisher über die eigenen Grenzen schwappen könnte. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen PKK-Anhängern, Mitgliedern der salafistisch-islamistischen Kurdenpartei Hüda-Par (Hür Dava Partisi, Partei der Freien Sache) und türkischen Sicherheitskräften, bei denen in den letzten Tagen schon 36 Personen getötet wurden, geben diesbezüglich Anlass zur Sorge.

Noch viel mehr befürchtet die türkische Regierung allerdings, dass das syrische Regime als aktuell stärkste militärische Kraft in die entstandene Lücke stoßen würde, sollte es gelingen, den IS entscheidend zu schwächen. Premierminister Davutoğlu betonte, dass kein türkischer Soldat einen Fuß auf syrischen Boden setzen wird, solange es nicht das klare Ziel einer internationalen Militärkampagne sei, auch Bashar al-Assad zu stürzen. Erdoğan sieht es so, dass ihm mit internationalem Druck das abverlangt werden soll, was die westlichen Staaten in den vergangenen drei Jahren nicht vollbracht haben, nämlich eine Lösung für das Syrien-Dilemma zu finden, notfalls auch ohne Sicherheitsratsbeschluss und mit Bodentruppen. Die Türkei nimmt den IS durchaus als Bedrohung wahr, sieht ihn aber als Ergebnis der Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Assad-Regime. Solange man dieses „Hauptproblem“ nicht beseitigt, so ist man in Ankara überzeugt, würden neue radikale Gruppen früher oder später den Platz von IS einnehmen. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Duo Erdoğan-Davutoğlu noch eine persönliche Rechnung mit Assad offen hat. Erdoğan, der als Regierungschef im Zuge der neuen Außenpolitik der Türkei eine Annäherung an Syrien betrieben hatte, pflegte auch eine persönliche Beziehung zur Assad-Familie. Umso gekränkter war er, als Assad in den ersten Wochen der Revolution seine Ratschläge zur Einbindung der syrischen

Opposition nicht nur in den Wind schlug, sondern Erdoğan's Vermittlungsbemühungen geradezu lächerlich machte.

Einen anderen Beigeschmack hat hingegen die türkische Weigerung, kurdische Freiwillige über die Grenze zu lassen, um den YPG-Einheiten in Kobanê beizustehen. Diese benötigen dringend Nachschub, vor allem Waffen und Munition. Als vor Kurzem der Führer der syrisch-kurdischen PYD, Salih Muslim, zu Gesprächen mit dem türkischen Geheimdienst MİT (Millî İstihbarat Teşkilâtı) in Ankara weilte, machte die türkische Regierung unmissverständlich klar, was sie im Gegenzug für eine Freigabe des Nachschubwegs verlangt: Die Kurden sollten ihre Selbstverwaltung in Nordsyrien auflösen, ihre Einheiten in die Freie Syrische Armee integrieren und sich von ihrer Mutterpartei PKK distanzieren. Vor ein paar Tagen – und vermutlich unter starkem Druck von amerikanischer Seite – hat sich die türkische Regierung aber dazu durchringen können, Peshmerga-Soldaten der kurdischen Regionalregierung im Nordirak über ihre Grenze nach Kobanê zu lassen. Die irakischen Kurden, mit denen Ankara gute Kontakte pflegt, erscheinen der Türkei als das kleinere Übel – im Gegensatz zu einer Aufrüstung oder Geländegewinnen durch die der YPG/PKK.

Denn dort, wo jetzt noch die PYD in einigen Gebieten regiert, möchte Ankara schon seit Jahren eine Pufferzone errichtet sehen. Diese soll weitere Flüchtlinge aufnehmen, Zivilisten Schutz vor Luftangriffen des syrischen Regimes bieten und verhindern, dass die PKK und die mit ihr verbündete YPG zu nah an die türkische Grenze herandrücken. Dieses Projekt, für das Erdoğan schon seit Längerem bei westlichen Partnern wirbt, kann er nicht allein umsetzen. Mit dem Kampf um Kobanê hat er wieder versucht, es auf die internationale Agenda zu setzen. Bisher erfolglos.

Genau dies ist aber der Punkt, wo legitimes türkisches Eigeninteresse in einen gefährlichen Poker umschlägt: Für die syrische PYD ist es schlicht unmöglich, Kobanê aufzugeben. Sollte man trotz aller Widrigkeiten die Stadt doch halten können, mag der reine Geländegewinn gering sein. Die

Symbolkraft des Ortes ist dafür umso größer. Zum einen ist es den syrischen Kurden nach Jahrzehnten der Marginalisierung zum ersten Mal gelungen, eigene quasi-staatliche Strukturen zu etablieren. Zum anderen erhält die PYD den Großteil ihrer Legitimation bei der kurdischen Bevölkerung aus dem Nimbus, relative Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus stellt Kobanê den mittleren der drei kurdischen Kantone dar. Ohne Kobanê wäre eine Verbindung kurdischen Gebiets mit den zwei anderen PYD-kontrollierten Regionen Efrin und der Grenzregion zum kurdischen Nordirak, der Jazira, nicht möglich.

Der Kampf um Kobanê hat daher vor allem symbolische und politische Gründe. Der Schutz von Zivilpersonen, von denen niemand wirklich weiß, wie viele noch in der Stadt verbleiben³, könnte zudem einfacher betrieben werden, wenn sie in die Türkei flöhen.

Die türkische Regierung, die aktiv den Nachschub von den Kämpfern der YPG fernhält, um eine dauerhafte kurdische Entität in Nordsyrien zu vermeiden, spielt ein riskantes Spiel. PKK-Führer Abdullah Öcalan hat bereits aus dem Gefängnis heraus angekündigt, dass die Friedensgespräche zwischen Türkei und PKK beendet würden, sollte die Türkei sich nicht in Kobanê engagieren. Ankara scheint diese Drohung nicht ernst zu nehmen. Weiß man doch, dass Öcalan den Friedensprozess ebenso nötig braucht wie Erdoğan selbst. Keinesfalls möchte man mit einer durch einen Sieg in Syrien gestärkten PKK verhandeln. Für die PKK als Ganzes allerdings gibt es auch nicht viel zu verlieren. Zwar hat Öcalan sein eigenes Schicksal eng mit dem Friedensprozess verknüpft. Doch hat sich in den letzten Monaten unter vielen türkischen Kurden Unmut darüber breit gemacht, dass den Friedensbeteuerungen Erdogans bisher wenig konkrete Schritte gefolgt sind. Vermehrt

hinterfragen diese den Sinn der PKK-Strategie. Kurdische Intellektuelle bezweifeln offen, wie ernst es Erdoğan mit Frieden meint, wenn der Staat eine Politik jenseits der Grenze fortsetzt, die IS und PKK unterschiedslos als Feind benennt. Der Unmut auf den Straßen über eine solche Politik wird auch von den Kurden geteilt, die bei Wahlen immer wieder für die AKP abgestimmt haben, die also nicht zum Stammklientel der PKK gehören. Das Gewaltpotenzial, das sich hier Bahn brechen könnte, ist durchaus beachtlich.

Dabei bietet die aktuelle Situation in Syrien und im Irak eigentlich eine ungeahnte Gelegenheit für eine türkisch-kurdische Verständigung. Beide eint die Feindschaft zum IS und das Interesse an Stabilität an der syrischen sowie der irakischen Nordgrenze. Das, was die Türkei seit 2003 mit der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak erreicht hat, könnte langfristig auch ein Modell für Nordsyrien sein. Eine territoriale Neuordnung nach dem Krieg ist hier wesentlich wahrscheinlicher als eine innerhalb der türkischen Grenzen. Die Türkei mag berechnete Sorge haben, wie sich dies auf eventuelle Forderungen der Kurden in der Türkei auswirken könnte. Doch das Beispiel Nordirak zeigt, dass es hier keinen Automatismus geben muss.

So legitim viele der türkischen Sicherheitsinteressen in Bezug auf ein Nichteingreifen in Kobanê auch sein mögen, so unklug scheint es, der YPG ihren Nachschub abzuschneiden.⁴ Selbst eine gestärkte PYD an der türkischen Grenze ist mittelfristig ungefährlicher für die Türkei als der IS. Präsident Erdoğan kommt so oder so nicht daran vorbei, den kurdisch-türkischen Friedensprozess endlich mit Leben zu füllen.

Kristian Brakel ist Associate Fellow des EU-Middle East-Forum der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Die YPG (Yekîneyên Parastina Gel) sind die Volksverteidigungseinheiten, eine kurdische Miliz in Syrien, die der kurdischen PYD (Partiya Yekîtiya Demokrat, Partei der demokratischen Union) in Syrien verbunden ist. Die PYD ist ein syrischer Ableger der PKK.
- 2 Verschiedene AKP Politiker, wie Emrullah İşler und İsmail Safi, haben in den letzten Tagen auf Twitter durchblicken lassen, dass sie den IS der PKK vorziehen und indirekte Sympathie für die Islamisten bekundet.
- 3 De Mistura spricht von ca. 700 Zivilisten in Kobanê, die UN-Nothilfekoordinatorin Valerie Amos von einigen tausend Zivilpersonen, die entweder in Kobanê verblieben seien (dabei handelt es sich v.a. um alte und kranke Personen) oder aber auf der syrischen Seite der Grenze zur Türkei lagern würden.
- 4 Dies haben inzwischen auch die USA erkannt, die begonnen haben, die YPG aus der Luft zu versorgen.

The German Council on Foreign Relations (DGAP) does not express opinions of its own. The opinions expressed in this publication are the responsibility of the author(s).

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org
© 2014 DGAP